

# Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. März 1994

am Donnerstag, dem 10. März 1994

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	49	Kalb, Bartholomäus (CDU/CSU)	42, 43
Bindig, Rudolf (SPD)	19, 20	Kastner, Susanne (SPD)	14, 27
Blunck, Lieselott (Uetersen) (SPD)	13	Klemmer, Siegrun (SPD)	31, 32
Böhm, Wilfried (Melsungen) (CDU/CSU)	34, 48	Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 63
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	76, 77	Kubatschka, Horst (SPD)	33, 47
Conradi, Peter (SPD)	68, 69	Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	28, 29
Dr. Dobberthien, Marliese (SPD)	11, 12	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	60, 67
Erler, Gernot (SPD)	36, 37	Lörcher, Christa (SPD)	4, 5
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	50	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	30, 52
Gansel, Norbert (SPD)	58, 65	Dr. Penner, Willfried (SPD)	9, 10
Gilges, Konrad (SPD)	72, 73	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	25, 26
Graf, Günter (SPD)	17, 18	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	70
Großmann, Achim (SPD)	74, 75	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	40, 41
Habermann, Michael (SPD)	1, 7	Scheffler, Siegfried (SPD)	61, 62
Harries, Klaus (CDU/CSU)	23, 24	Dr. Schöfberger, Rudolf (SPD)	78, 79
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	2, 3	Steen, Antje-Marie (SPD)	21, 22
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	56, 57	Tappe, Joachim (SPD)	45, 46
Hörster, Joachim (CDU/CSU)	53, 54	Urbaniak, Hans-Eberhard (SPD)	38, 39
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	8	Wallow, Hans (SPD)	6, 35
Jäger, Claus (CDU/CSU)	44, 55	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	64, 71
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	59, 66	Würfel, Uta (F.D.P.)	15, 16

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr . . . . .	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft . . . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen  
und Jugend**

1. Abgeordneter  
**Michael  
Habermann**  
(SPD)
- Wann wurde zwischen der Bundesregierung und den Ländern vereinbart, daß die Länder auf eine Finanzierungsbeteiligung des Bundes an den Investitionskosten für den Bau von Kindergartenplätzen verzichten, um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu realisieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

2. Abgeordneter  
**Reinhold  
Hiller**  
(Lübeck)  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtmäßigkeit der Einrichtung der mecklenburgischen Deponie Ihlenberg (ehemals Schönberg) und von Transporten von Sonder- und Hausmüll aus der Bundesrepublik Deutschland und dem übrigen Europa und deren Ablagerung auf der Deponie unter der besonderen Berücksichtigung der Tatsache, daß auf Anweisung der Regierung der damaligen DDR das Löffler-Krüger-Gutachten, das Grundlage für die positive Einschätzung der Sicherheit der Deponie durch die bundesdeutsche Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (Laga) und zahlreicher erfolgreicher Prozesse gegen den Senat der Hansestadt Lübeck war, gefälscht oder zumindest im Sinne der Auffassung der Regierung der DDR „geschönt“ worden ist?
3. Abgeordneter  
**Reinhold  
Hiller**  
(Lübeck)  
(SPD)
- Welche finanzwirtschaftlichen Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung als Vorsorge für mögliche Schadensersatzansprüche, die sich aus Amtspflichtverletzungen wegen der Verwendung eines im Auftrag und mit Wissen der Regierung der damaligen DDR gefälschten Gutachtens zur Sicherheit der Deponie Ihlenberg (Schönberg) ergeben, getroffen worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Wissenschaft**

4. Abgeordnete  
**Christa  
Lörcher**  
(SPD)                      Welche Kosten entstehen der öffentlichen Hand durch die Schaffung von rd. 3000 außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen – abgebaut bei den Deutschen Bahnen/Bahn AG 1993/94 –, und aus welchen Mitteln werden diese finanziert?
5. Abgeordnete  
**Christa  
Lörcher**  
(SPD)                      Welche Möglichkeiten gibt es, die durch den Abbau verlorengegangenen oder bedrohten Bahn-Ausbildungsplätze in anderer Trägerschaft weiterzuführen und damit Ausbildungsstätten mit hohem Qualifikationsniveau zu erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

6. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)                      In welcher Form hat die Bundesregierung indirekt oder direkt die Inkatha-Institute mit BMZ-Steuermitteln über die Konrad-Adenauer-Stiftung oder andere Organisationen finanziert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie  
und Senioren**

7. Abgeordneter  
**Michael  
Habermann**  
(SPD)                      Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung der Familienverbände anlässlich der Tagung der Deutschen Liga für das Kind am 21. Februar 1994 in Bonn?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

8. Abgeordneter  
**Hubert Hüppe**  
(CDU/CSU)
- Vor dem Hintergrund der Untersuchung der amerikanischen Food and Drug Administration, daß auf dem Wege einer bewußten Manipulation des Nikotingehaltes durch die Tabakindustrie ein anhaltendes Suchtverhalten der Raucher gefördert wird, frage ich die Bundesregierung, ob ein ähnliches Vorgehen bei in Deutschland vertriebenen Zigarettenmarken bekannt ist, bzw. ob Untersuchungen in dieser Richtung durchgeführt werden?
9. Abgeordneter  
**Dr. Willfried Penner**  
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß sich nach Inkrafttreten der Gesundheitsstrukturreform zum 1. Januar 1993 die Umsätze von Apotheken und Arztpraxen um bis zu 20% reduziert haben?
10. Abgeordneter  
**Dr. Willfried Penner**  
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß in Folge der Gesundheitsstrukturreform Apotheken und Arztpraxen haben schließen müssen?
11. Abgeordnete  
**Dr. Marliese Dobberthien**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung sich in der Diskussion zur Novel-Food-Verordnung im Binnenmarkt-Rat entsprechend der parlamentarischen Voten, nämlich des Beschlusses des Gesundheitsausschusses am 25. November 1993 anlässlich der Beratung des SPD-Antrages „Einsatz der Gentechnik und anderer neuartiger biotechnologischer Verfahren in der Lebensmittelproduktion“ und des Beschlusses des Europäischen Parlaments, für eine Kennzeichnung einsetzen, die folgenden Kriterien genügt: die Kennzeichnung ist verpflichtend, die Kennzeichnungspflicht bezieht sich auf alle neuartigen Lebensmittel oder Lebensmittelzutaten, die Kennzeichnungspflicht umfaßt sämtliche Lebensmittel und Lebensmittelzutaten aus gentechnischer Herstellung, auch wenn das Endprodukt keine gentechnisch veränderten Organismen mehr enthält und die Kennzeichnung ist für die Verbraucher/Verbraucherinnen eindeutig und klar erkennbar?
12. Abgeordnete  
**Dr. Marliese Dobberthien**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung daher die im Verordnungsentwurf lediglich vorgesehene Unterrichtung der Verbraucher/Verbraucherinnen nur bei etwaigen signifikanten Unterschieden zwischen den Merkmalen der neuartigen Lebensmittel oder Lebensmittelzutaten und den Merkmalen gleichwertiger herkömmlicher Lebensmittel oder Lebensmittelzutaten als völlig unzureichend in der Debatte im Binnenmarkt-Rat zurückweisen?

13. Abgeordnete  
**Lieselott  
Blunck  
(Uetersen)  
(SPD)**
- Wie wird die Bundesregierung in der Orientierungsdiskussion zur „Novel food“-Verordnung im Binnenmarkt-Rat am 10. März 1994 das Parlamentsvotum durchsetzen, das einen umfassenden Geltungsbereich unter Einbeziehung sämtlicher Lebensmittel, die unmittelbar oder mittelbar durch Anwendung gentechnischer Verfahren entstehen oder hergestellt werden, auch wenn die gentechnisch veränderten Organismen im Endprodukt nicht mehr enthalten sind und von Zusatz- und Hilfsstoffen, Enzymen, Einzellerproteinen und Einzellerölen sowie eine angemessene Bewertung des Risikopotentials im Rahmen von Zulassungsverfahren fordert, und ist sichergestellt, daß sie einschränkende Regelungen wie Anwendung der Verordnung nur bei wesentlichen Veränderungen des Produkts nicht zustimmen wird?
14. Abgeordnete  
**Susanne  
Kastner  
(SPD)**
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die bei der Bekämpfung der Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser mit Aktivkohlepulver entstehenden Probleme mit belastetem Schlamm in Trinkwassertalsperren zu lösen, und wie kann ein weitgehender Verzicht auf die Herbizide Chlortoluron und Isoproturon im Einzugsbereich von Trinkwassertalsperren erreicht werden?
15. Abgeordnete  
**Uta  
Würfel  
(F.D.P.)**
- Welche Gründe hat die Bundesregierung, sich auf eine nicht zuständige Einrichtung wie die Bundesärztekammer (BÄK) in Sachen hämatogene Oxydationstherapie (HOT) zu stützen, und welche Hindernisse sieht die Bundesregierung, die HOT vom Index der Beihilfavorschrift zu streichen, nachdem mit Drucksache 12/5268, Anlage 10, die Bundesregierung mitgeteilt hat, daß es sich bei der HOT nach Mitteilung des wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer um kein wissenschaftlich allgemein anerkanntes Behandlungsverfahren handelt und aus einem Schriftwechsel des Zentrums zur Dokumentation für Naturheilverfahren e. V. (ZDN) mit dem wissenschaftlichen Beirat der Bundesärztekammer (veröffentlicht in der Zeitschrift Raum & Zeit 63/93, Seite 65) hervorgeht, daß die Bundesärztekammer sich für Methodenfragen als nicht zuständig erklärt hat?
16. Abgeordnete  
**Uta  
Würfel  
(F.D.P.)**
- Worauf ist es zurückzuführen, daß die Bundesregierung in ihren Referentenentwürfen zum AMG, SGB V etc. fachwissenschaftlich eindeutig Positionen auch zu den besonderen Therapierichtungen bezieht, andererseits begründete Widerlegungen gegen solche Auffassungen der Bundesregierung mit der Begründung nicht diskutieren will, sie wolle sich in fachwissenschaftliche Diskussionen nicht einmischen (siehe z. B. Drucksache 12/5904, Frage 39)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

17. Abgeordneter  
**Günter Graf**  
(SPD)
- Trifft es zu, wie der Parlamentarische Staatssekretär Manfred Carstens über den CDU-Stadtverbandsvorsitzenden in der Sitzung des Rates der Stadt Friesoythe am Montag, 28. Februar 1994, hat mitteilen lassen, daß die Bundesbahnstrecke Cloppenburg – Friesoythe mit exakt 2 Mio. DM instandgesetzt wird?
18. Abgeordneter  
**Günter Graf**  
(SPD)
- Wenn ja, sind an die Instandsetzungen mit einem Volumen von 2 Mio. DM irgendwelche Bedingungen geknüpft, die das Land, den Landkreis bzw. die Kommunen in irgendeiner Weise in Anspruch nehmen?
19. Abgeordneter  
**Rudolf Bindig**  
(SPD)
- Arbeitet die Bundesregierung zur Vorbereitung des Dreijahresplanes gemäß § 5 Satz 2 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes – SchWAbG aktiv daran, für alle in der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr zum SchWAbG (Drucksache 12/5314 S. 14) genannten Einzelprojekte qualifizierte Projektbewertungsdossiers auszuarbeiten, die entweder – bei neugenannten Strecken – erstmals anzufertigen sind oder – bei den bereits in den Listen des SchWAbG genannten Projekten – über die allgemein und unspezifiziert gehaltene Form des Jahres 1992 hinausgehen, und auf welche Weise werden diese Projektbewertungsdossiers ausgearbeitet?
20. Abgeordneter  
**Rudolf Bindig**  
(SPD)
- Wie geht die Bundesregierung mit den in der Drucksache 12/5314, S. 15 genannten Protokollerklärungen zum Bundesschienenwegeausbaugesetz um, d. h. wird sie für die von den drei Fraktionen des Deutschen Bundestages dort genannten Projekte spezielle Untersuchungen im Sinne des jeweils genannten Anliegens durchführen?
21. Abgeordnete  
**Antje-Marie Steen**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß Frauen in der Bundesrepublik Deutschland nach Erwerb eines Busführerscheins zusätzlich eine amtsärztliche Bescheinigung der „Unbedenklichkeit“, also eine ärztliche Bestätigung biologischer Lenkbefähigung, vorlegen müssen, die zudem alle 18 Monate erneuert werden muß?

22. Abgeordnete  
**Antje-Marie Steen**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung erläutern, in welchem Umfang diese gesetzliche Maßgabe die EG-Richtlinie berührt, die sich mit der „Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung, zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen“ (erlassen bereits 1976) beschäftigt?
23. Abgeordneter  
**Klaus Harries**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) zur Zeit überlegen und untersuchen, ob ein Wasserkraftwerk in der Elbe bei Geesthacht mit Stau der Elbe um weitere 1,05 Meter wirtschaftlich und zweckmäßig ist?
24. Abgeordneter  
**Klaus Harries**  
(CDU/CSU)
- Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung als Träger des Binnenschiffahrtsweges Elbe und aus Gründen des Natur- und Umweltschutzes die Folgen eines dann erforderlichen Anstaus der Elbe?
25. Abgeordneter  
**Dr. Erich Riedl**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Nachdem mir die Bundesregierung am 3. März 1994 erklärte, ihr seien über den Flugunfall des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Uwe Barschel am 31. Mai 1987 auf dem Flugplatz in Lübeck keine neuen Tatsachen bekannt, frage ich die Bundesregierung, ob nicht allein schon die Tatsache des bis heute nicht geklärten Todes von Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel in einem Genfer Hotel eine erneute Unfalluntersuchung rechtfertigen würde?
26. Abgeordneter  
**Dr. Erich Riedl**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Wie viele Flugzeugunglücke hat es in den letzten 20 Jahren auf dem Flughafengelände von Lübeck gegeben, und was waren im einzelnen die Ursachen hierfür?
27. Abgeordnete  
**Susanne Kastner**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung der Gewässer und der Trinkwasserressourcen durch den Einsatz von Totalherbiziden wie Diuron im nichtlandwirtschaftlichen Bereich z. B. bei den Deutschen Bahnen, und wie steht sie zu der Forderung, den Einsatz dieser Totalherbizide durch Einführung einer Rezeptpflicht weitgehend einzuschränken?
28. Abgeordneter  
**Karl-Josef Laumann**  
(CDU/CSU)
- Welche Begründung gibt es für die Regelung, nach der seit dem 7. April 1993 deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa, bevor ihr Führerschein umgeschrieben wird, eine theoretische und praktische Fahrprüfung ablegen müssen?
29. Abgeordneter  
**Karl-Josef Laumann**  
(CDU/CSU)
- Welche Ausnahmeregelungen sind vorgesehen?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes**

30. Abgeordneter  
**Ortwin  
Lowack**  
(fraktionslos)
- Wird die Bundesregierung denn nun mit der Republik Polen über die aus dem deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag ausgeklammerten Vermögensansprüche der vertriebenen Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten verhandeln, und wie lange will man den Opfern von Unrecht und Vertreibung ein weiteres Zuwarten zumuten?
31. Abgeordnete  
**Siegrun  
Klemmer**  
(SPD)
- Was ist der Bundesregierung bekannt über angebliche Veruntreuungen von Geldern aus der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, die zur Entschädigung von Zwangsarbeitern und anderen Nazi-Opfern gegründet wurde, und um welche Summen handelt es sich?
32. Abgeordnete  
**Siegrun  
Klemmer**  
(SPD)
- Wie können entstandene finanzielle Nachteile zu Lasten der Opfer ausgeglichen werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Interesse der betroffenen Personen, in Zukunft solche finanziellen Manipulationen auszuschließen?
33. Abgeordneter  
**Horst  
Kubatschka**  
(SPD)
- Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, die Entschließung des Europäischen Parlaments von Oktober 1993 zu unterstützen, die alle EU-Mitgliedstaaten aufgefordert hat, sie sollten „durch die Unterstützung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern die militärische Macht der Aggressoren im früheren Jugoslawien schwächen und damit auch klarmachen, daß sie Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus Aggressorstaaten Asyl gewähren werden“?
34. Abgeordneter  
**Wilfried  
Böhm  
(Melsungen)**  
(CDU/CSU)
- Seit wann hat die Bundesregierung das amtliche Wahlergebnis zu den Parlamentswahlen in Rußland vom 12. Dezember 1993 aus allen Gebietskörperschaften der Russischen Föderation vorliegen, um daraus Erkenntnisse über die politische Entwicklung in den einzelnen Republiken und Regionen gewinnen zu können?
35. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)
- Welche konkreten Nutzungsmöglichkeiten deutscher Kernkrafttechnologie sind anlässlich des Besuches des brasilianischen Außenministers, Celso Amorim, besprochen bzw. vereinbart worden?

36. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD) In welcher Weise ist die Bundesregierung durch die Regierung Frankreichs über Pläne zur Wiederaufnahme französischer Atomversuche unterrichtet worden?
37. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD) Welches ist die Haltung der Bundesregierung zur eventuellen Wiederaufnahme von französischen Atomversuchen?
38. Abgeordneter  
**Hans-Eberhard Urbaniak**  
(SPD) Wann wird das Europa-Abkommen vom 16. Dezember 1991 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften sowie ihren Mitgliedstaaten und der Republik Polen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten?
39. Abgeordneter  
**Hans-Eberhard Urbaniak**  
(SPD) Wann ist mit dem Inkrafttreten vergleichbarer Abkommen mit anderen Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) zu rechnen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

40. Abgeordneter  
**Dr. Klaus Rose**  
(CDU/CSU) Betrachtet die Bundesregierung die Kulturförderung in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzgebieten mehr unter finanziellen Gesichtspunkten oder mehr als nationale Aufgabe der kulturellen Begegnung von Nachbarvölkern?
41. Abgeordneter  
**Dr. Klaus Rose**  
(CDU/CSU) Wie weit hat die Bundesregierung Vorgespräche mit den betreffenden Bundesländern zur Kulturförderung im deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzraum geführt?
42. Abgeordneter  
**Bartholomäus Kalb**  
(CDU/CSU) Wie weit sind die Überlegungen der Bundesregierung gediehen, für die Gebiete an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze ein regionales Kulturförderprogramm aufzulegen?
43. Abgeordneter  
**Bartholomäus Kalb**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in einem solchen Programm ein geeignetes Instrument, die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit zu stärken und damit zugleich die vertraglichen Vereinbarungen mit Polen und der Tschechischen Republik in einem wesentlichen Punkt mit Leben zu erfüllen?

44. Abgeordneter  
**Claus  
Jäger**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Ausländerbeauftragte des Bundes, Cornelia Schmalz-Jacobsen, Deutschland als Einwanderungsland bezeichnet hat, und wird die Bundesregierung bejahendenfalls unmißverständlich klarstellen, daß für sie Deutschland kein Einwanderungsland ist?
45. Abgeordneter  
**Joachim  
Tappe**  
(SPD)
- Wie viele Menschen – differenziert nach deutschen und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern – haben in den Jahren 1992 und 1993 die Bundesrepublik Deutschland verlassen, und wie hoch ist im Vergleich dazu die Anzahl der nach Deutschland eingereisten Ausländerinnen und Ausländer, die um einen längerfristigen Aufenthalt bzw. um einen Daueraufenthalt nachgesucht haben?
46. Abgeordneter  
**Joachim  
Tappe**  
(SPD)
- Welcher Wanderungssaldo ergibt sich für die Bundesrepublik Deutschland nach Inkrafttreten der Änderung des Artikels 16 GG und entsprechender Begleitgesetze für den Zeitraum bis zum 28. Februar 1994, und warum wird dieser Saldo nicht ebenso von der Bundesregierung veröffentlicht wie die Anzahl der nach Deutschland eingereisten deutschstämmigen Aussiedler und Asylbewerber?
47. Abgeordneter  
**Horst  
Kubatschka**  
(SPD)
- Wie viele Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden bisher aus der Bundesrepublik Deutschland wieder abgeschoben, und welche Gründe wurden dabei angeführt?
48. Abgeordneter  
**Wilfried  
Böhm  
(Melsungen)**  
(CDU/CSU)
- Hatte die Bundesregierung die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) zur offiziellen Eröffnungsfeier der Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland in Berlin am 14. November 1993 eingeladen?
49. Abgeordneter  
**Jürgen  
Augustinowitz**  
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung hat die Gruppe der Ausländer mit kurzzeitigem Verweilstatus für die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland, und was wird die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zur Stärkung der Inneren Sicherheit unternehmen?
50. Abgeordneter  
**Dr. Olaf  
Feldmann**  
(F.D.P.)
- Gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der entsprechenden Gerichtsentscheidungen (Verw.Gericht Sigmaringen zur Zweitwohnungsteuer der Gemeinde Kressbronn, Az.: 2 K 15/93; Finanzgericht Baden-Württemberg zur Umsatzsteuer Konstanz, Az.: 14 K 147/91) die bislang in der Schwebe zwischen Realteilungstheorie und Kondominatstheorie gelassene Frage der hoheitsgebietlichen Zuordnung des Bodensees politisch zu entscheiden, und wenn ja, wie?

51. Abgeordnete  
**Ingrid Köppe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche „Minister des Bundes“ gaben im Mai 1993 eine Akte mit personenbezogenen Unterlagen über Dr. Alexander Schalck-Golodkowski nebst 49 Fotos gemäß § 8 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) an den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen heraus, wie dieser dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages unter dem 28. Januar 1994 berichtete, und kann die Bundesregierung Auskunft geben über den genauen Inhalt der betreffenden Unterlagen und Fotos, über den Weg der Unterlagen in den Besitz der betreffenden Minister, über die Besitzdauer sowie über deren konkrete Verwendung der Akte?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

52. Abgeordneter  
**Ortwin Lowack**  
(fraktionslos)
- Wie begegnet die Bundesregierung Bedenken, daß die von ihr initiierte Neufassung des § 1631 Abs. 2 BGB eher eine Verschlechterung für Kinder im Vergleich zur geltenden Regelung bedeuten könnte, weil nach dem Gesetzentwurf schwere Prügel nicht unbedingt Mißhandlungen von Kindern darstellen müssen, und ist die Bundesregierung bereit, ihren Standpunkt nochmals zu überdenken?
53. Abgeordneter  
**Joachim Hörster**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß der Generalbundesanwalt Dokumente, die vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verwahrt werden, wegen eines Strafverfahrens gegen den früheren parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion der SPD, Karl Wienand, für die Öffentlichkeit hat sperren lassen, und wenn ja, aufgrund welcher gesetzlichen Vorschrift?
54. Abgeordneter  
**Joachim Hörster**  
(CDU/CSU)
- Für wann ist ggf. mit der Aufhebung dieser Sperre zu rechnen, so daß die interessierte Öffentlichkeit Kenntnis vom Inhalt dieser Dokumente nehmen kann?
55. Abgeordneter  
**Claus Jäger**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Strafverfahren wegen Tötung ungeborener Kinder (§ 218 StGB) sind im Jahre 1993 – getrennt nach der Zeit vor und nach dem 16. Juni – von den Strafverfolgungsbehörden eingeleitet worden, und wie viele davon sind jeweils durch ein erstinstanzliches Urteil durch Bestrafung und durch Freispruch entschieden worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

56. Abgeordneter  
**Dr. Burkhard  
Hirsch**  
(F.D.P.)
- In wie vielen Fällen ist bisher von der Ermächtigung Gebrauch gemacht worden, die durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. Februar 1992 dem Zollkriminalamt gegeben worden ist, zur Verhinderung schwerwiegender Kriegswaffen- und Ausfuhrdelikte das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis zu beschränken?
57. Abgeordneter  
**Dr. Burkhard  
Hirsch**  
(F.D.P.)
- In wie vielen Fällen haben Post- oder Telefonüberwachungen auf Grund des Außenwirtschaftsgesetzes zur Aufdeckung oder Verhinderung illegaler Exporte geführt?
58. Abgeordneter  
**Norbert  
Gansel**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Zusammenhang mit dem Bau der „Giftgasanlage in Tarhuna/Libyen“ vor dem Landgericht Stuttgart Anklagen wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz erhoben worden sind, und wann hat die Bundesregierung Kenntnis davon erhalten?
59. Abgeordneter  
**Horst  
Jungmann  
(Wittmoldt)**  
(SPD)
- Wann hat die Bundesregierung ihre Informationen über die im Bau befindliche Anlage in Tarhuna/Libyen an die für die Strafverfolgung zuständigen Behörden weitergegeben, und was ist daselbst veranlaßt worden?
60. Abgeordnete  
**Dr. Elke  
Leonhard-Schmid**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung, nachdem ihr Informationen über den Bau der Anlage in Tarhuna/Libyen zugegangen waren, von den Ermächtigungen im Außenwirtschaftsgesetz in bezug auf das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis Gebrauch gemacht?
61. Abgeordneter  
**Siegfried  
Scheffler**  
(SPD)
- Welche Verwendung plant die Bundesregierung für die ab Sommer freiwerdenden Wohnungen der alliierten Streitkräfte in Berlin?
62. Abgeordneter  
**Siegfried  
Scheffler**  
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Überlegungen, die Wohnungen bis zum Regierungsumzug leerstehen zu lassen – angesichts der gravierenden Wohnungsnot in Berlin – als indiskutabel an?
63. Abgeordnete  
**Ingrid  
Köppe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Initiativen wird die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium der Finanzen als vorgesetzte Dienstbehörde des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen (BAV) aus rechtlichen und Verbraucherschutz-Erwägungen unternehmen, um das BAV zur baldigen Rücknahme der eingelegten Berufung gegen ein Urteil

des Berliner Verwaltungsgerichts (VG 27 A 9/93) zu veranlassen, durch welches das BAV angehalten wurde, in seiner Beschwerdestatistik Versicherungsunternehmen mit unlauteren Geschäftspraktiken vor allem in den neuen Ländern namhaft zu machen, und welche „schutzwürdigen privaten Interessen“ der unlauter vorgehenden Versicherungsunternehmen hat die Bundesregierung bisher für so gewichtig gehalten, um das BAV durch das Bundesministerium der Finanzen anhalten zu lassen, die schon 1992 geplante Veröffentlichung eines namentlichen Sünderegisters zu unterlassen und das daraufhin ergangene Urteil nun anzufechten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft**

64. Abgeordneter  
**Simon Wittmann**  
**(Tännesberg)**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Verpflichtung der Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen (EVU) zur Stromabnahme aus den Hackschnitzel-Biomasse-Kraftwerken, und nach welchen Kriterien erfolgt die Preisgestaltung für den abgenommenen Strom?
65. Abgeordneter  
**Norbert Gansel**  
(SPD)
- Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung inzwischen über eine in Tarhuna/Libyen im Bau befindliche Kampfstoffanlage, und was hat sie veranlaßt?
66. Abgeordneter  
**Horst Jungmann**  
**(Wittmoldt)**  
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung zu der in Tarhuna/Libyen im Bau befindlichen Anlage erst Stellung genommen, nachdem das ZDF-Magazin „Kennzeichen D“ darüber berichtet hat?
67. Abgeordnete  
**Dr. Elke Leonhard-Schmid**  
(SPD)
- Wann und in welcher Form hat die Bundesregierung, nachdem sie Informationen über die im Bau befindliche Anlage in Tarhuna/Libyen erhalten, öffentlich vor der Beteiligung am Bau dieser Anlage gewarnt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

68. Abgeordneter  
**Peter  
Conradi**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des GATT-Panels in Genf, die EU-Bananen-Regelung sei unvereinbar mit den GATT-Regeln, und wird die Bundesregierung im GATT-Rat für eine Verurteilung der EU wegen ihrer Bananen-Marktordnung stimmen?
69. Abgeordneter  
**Peter  
Conradi**  
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung im Konflikt über die Bananen-Marktordnung der EU an die Vorschriften der Europäischen Kommission oder an die GATT-Verträge halten?
70. Abgeordneter  
**Werner  
Ringkamp**  
(CDU/CSU)
- Trifft die Aussage des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Schleswig-Holstein zu, daß die Auftragsvergabe für die Erhöhung der zweiten Warft auf der Hallig Langeneß bisher nicht erfolgen konnte, weil die Bundesregierung die entsprechenden Gelder noch nicht zur Verfügung gestellt habe, und wann werden diese ggf. angewiesen?
71. Abgeordneter  
**Simon  
Wittmann  
(Tännesberg)**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die verschiedenen Möglichkeiten bei der Stromgewinnung über Hackschnitzel-Biomasse-Kraftwerke (Holzhackschnitzelfeuerung-Dampfturbine-Generator, Holzhackschnitzel + nachwachsende Rohstoffe aus der Landwirtschaft – Dampfturbine-Generator, Holzhackschnitzelvergasung-Gasmotor-Generator, Holzhackschnitzel + nachwachsende Rohstoffe aus der Landwirtschaft – Vergasung – Gasmotor – Generator), und welche Fördermöglichkeiten gibt es dafür?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Sozialordnung**

72. Abgeordneter  
**Konrad  
Gilges**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Bauarbeitnehmer sich arbeitslos melden mußten, weil sie nach dem Wegfall des Schlechtwettergeldes für den Monat März bei ungünstiger Witterung keinen Lohn erhielten, und wie hoch wird der Lohnausfall bei diesen Fällen geschätzt?

73. Abgeordneter  
**Konrad  
Gilges**  
(SPD)
- Ist es richtig, daß diese Arbeitnehmer keinerlei Lohnersatzleistungen von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten werden, und hat die Bundesregierung in dieser Frage eine Weisung an die Bundesanstalt für Arbeit erteilt, den politisch gewollten Ausschluß von Lohnersatzleistungen zu vollziehen?
74. Abgeordneter  
**Achim  
Großmann**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß das Schlechtwettergeld-Streichgesetz „offenbar nicht alle Auswirkungen berücksichtigt hat“, und welches sind ihrer Meinung nach die unberücksichtigten Auswirkungen?
75. Abgeordneter  
**Achim  
Großmann**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen strebt die Bundesregierung an, um die Korrektur der Versäumnisse zu gewährleisten und zu verhindern, daß die Beschäftigten im Baugewerbe bei Schlechtwetter einen Verdienstaustausch ohne Anrecht auf Lohnersatzleistungen erleiden müssen?
76. Abgeordneter  
**Hans  
Büttner  
(Ingolstadt)**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Werkvertragsabkommen mit Polen nicht den Vorschriften des Europa-Abkommens mit Polen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, sondern denen über das Niederlassungsrecht und den Dienstleistungsverkehr zuzuordnen ist?
77. Abgeordneter  
**Hans  
Büttner  
(Ingolstadt)**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Sicht der Bundesregierung aus der Zuordnung der Werkvertragsabkommen zu dem einen oder anderen Regelungsbereich?
78. Abgeordneter  
**Dr. Rudolf  
Schöberger**  
(SPD)
- Welche Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt sind von den Vorschriften des Europa-Abkommens über das Niederlassungsrecht und den Dienstleistungsverkehr zu erwarten?
79. Abgeordneter  
**Dr. Rudolf  
Schöberger**  
(SPD)
- Welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung in der Hinsicht, daß Artikel 41 des Europa-Abkommens vorsieht, daß – unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage in dem Mitgliedstaat und vorbehaltlich seiner Rechtsvorschriften – die bestehenden Erleichterungen für den Zugang zur Beschäftigung für polnische Arbeitnehmer, die im Rahmen bilateraler Abkommen gewährt werden, beibehalten und nach Möglichkeit verbessert werden, und wie will sie die vorgesehene Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage gewährleisten?

Bonn, den 4. März 1994